

Politische Psychologie, 2023.11:5-24  
DOI: <https://doi.org/10.2440/010-0002>

## **Motivation matters. Der Einfluss politischen Interesses und einer antidemokratisch-autoritären Einstellung auf die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener**

*Pia Sauermann & Ina Weigelt*

*Deutsches Jugendinstitut e. V. (Außenstelle Halle)*

Zusammenfassung:

Mithilfe von AID:A 2019-Daten (Kuger, Prein, Linberg et al., 2020) untersucht dieser Beitrag den Einfluss motivationaler Faktoren auf die politische Partizipation junger Menschen. Theoretische Grundlage ist das Civic Voluntarism Model (Verba et al., 1995), welches drei Faktorenbündel zur Erklärung des politischen Engagements anführt: Ressourcen, Motivation und Netzwerke. Mit Regressionsanalysen werden diese Faktoren geprüft, wobei die Motivation im Zentrum steht. Der Beitrag erweitert die motivationale Dimension um latent antidemokratisch-autoritäre Einstellungen, die die Partizipationsbereitschaft minimieren können. Die Analysen bestätigen, welche zentrale Rolle die Motivation unter den Faktoren einnimmt, und dies sowohl bei Wahlbeteiligung als auch unkonventioneller politischer Partizipation. Politisches Interesse steht in einem signifikant positiven und eine antidemokratisch-autoritäre Einstellung in einem signifikant negativen Zusammenhang mit beiden Beteiligungsformen.

*Schlüsselwörter: Politische Partizipation, Civic Voluntarism Model, Politisches Interesse, antidemokratische Einstellung, autoritäre Einstellung, Wahlbeteiligung, unkonventionelle politische Partizipation*

### **Motivation matters. The impact of political interest and an antidemocratic-authoritarian attitude on political participation of adolescents and young adults**

Abstract:

Using AID:A 2019 data (Kuger, Prein, Linberg et al., 2020), this paper examines the role of motivational factors in the political participation of young people. The theoretical framework is the Civic Voluntarism Model (Verba et al., 1995), which suggests three sets of factors to explain political engagement: resources, motivation and recruitment networks. Regression analyses are used to examine these factors, focusing on motivation. This paper broadens the motivational dimension by including latent anti-democratic authoritarian attitudes, which can diminish the willingness to participate. The analyses show that motivation plays a central role among the factors, both in election turnout and in unconventional political participation. Political interest has a strong positive and anti-democratic authoritarian attitudes have a strong negative correlation with both forms of participation.

*Keywords: political participation, Civic Voluntarism Model, political interest, antidemocratic attitude, authoritarian attitude, electoral turnout, non-conventional political participation*

## 1 Einleitung und Fragestellung

Die Güte und Legitimität von Demokratien ermisst sich nicht zuletzt daran, ob all ihre gesellschaftlichen Gruppen sich gleichermaßen politisch beteiligen und auf diese Weise ihre Interessen, Präferenzen und Bedürfnisse kommunizieren (z. B. Verba, Schlozman & Brady, 1995). Vor diesem Hintergrund fokussiert sich dieser Beitrag auf die politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zum einen ist diese bedeutsam, da junge Menschen spezifische Interessenlagen haben, die es gegenüber den älteren, zahlenmäßig überlegenen Generationen zu verteidigen gilt. Zum anderen erscheint „ein Blick auf den politischen Nachwuchs aus demokratiethoretischer Sicht besonders wichtig“ (Abendschön & Roßteutscher, 2016, S. 68), da davon auszugehen ist, dass in der Jugend ausgeformte politische Orientierungen und Praxen über den Lebenslauf hinweg relativ stabil sind (Rippl, 2015, S. 735-737). Dieser Beitrag geht nun der Frage nach, welchen Einfluss die individuelle Motivation auf die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener hat. Unter Bezugnahme auf das *Civic Voluntarism Model* (Verba, Schlozman & Brady, 1995) steht das individuelle ‚Wollen‘, also die Motivation, auch im Vergleich zum ‚Können‘ (Ressourcen) und ‚Gefragt werden‘ (Netzwerke) (Schlozman, Brady & Verba, 2018) im Zentrum des Interesses. Dabei wird das Modell hinsichtlich der motivationalen Faktoren erweitert: Analysiert wird, ob neben dem politischen Interesse, das standardmäßig einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Partizipation zeigt, auch eine latent vorhandene antidemokratisch-autoritäre Einstellung mit politischer Partizipation korreliert. Die Erwartung ist, dass junge Menschen, die sich einen durchgreifenden Staat wünschen, eher auf

Rückzug bedacht sind, sich wenig mit demokratischen Grundprinzipien identifizieren und infolgedessen kaum motiviert sind, sich aktiv für politische Ziele zu engagieren. Auf Basis von Daten des DJI-Surveys AID:A 2019 (Kuger, Prein, Linberg et al., 2020) leistet die Untersuchung einen empirischen Beitrag in diesem gesellschafts- wie jugendpolitisch relevanten Forschungsfeld, indem mithilfe multivariater Regressionsanalysen die Rolle zuallererst der eigenen Motivation, aber auch von vorhandenen Ressourcen sowie der Eingebundenheit in sozialen Netzwerken bei der Entstehung politischen Engagements von jungen Menschen analysiert wird.

## 2 Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener

Als politische Partizipation gelten Verhaltensweisen, die Bürger:innen freiwillig unternehmen, um politische Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen (van Deth, 2009; Woyke, 2021). In liberalen Demokratien haben Bürger:innen in diesem Sinne „an array of options“ (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 37), um sich aktiv politisch zu beteiligen und diese Partizipationsformen lassen sich auf unterschiedliche Weise weiter unterteilen. Der vorliegende Beitrag orientiert sich an der Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation. Konventionelle Partizipationsformen werden in der Literatur als wahl- und parteiorientierte Beteiligung beschrieben. Auf der anderen Seite werden weniger institutionalisierte Beteiligungsformen, die eher indirekt auf das politische System einwirken, als unkonventionelle Partizipation gefasst (vgl. u. a. Hadjar & Be-

cker, 2007; Glavanovits, Gründl, Kritzinger et al., 2019; van Deth, 2001).

Mit Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene verweist der wissenschaftliche Diskurs zu politischer Partizipation auf eine ambivalente Entwicklung (Gille, Rijke, Décieux et al., 2016; Weiss, 2020): Einerseits wird jungen Generationen eine gestiegene Politikverdrossenheit attestiert, die sich in geringerer Beteiligung an Wahlen und Parteiarbeit sowie niedrigerem politischem Interesse niederschlägt. Andererseits zeigt sich, dass Jugendliche und junge Erwachsene zunehmend neue, teilweise digitale Formen politischer Partizipation nutzen, um politischen Einfluss auszuüben. Schnaudt, Weinhardt und Liebig (2017, S. 190) weisen darauf hin, dass diese Entwicklungen durchaus im Einklang stehen, denn gerade die unkonventionellen, oft protestorientierten Partizipationsformen sind häufig Ausdruck einer fundamentalen Kritik am politischen System und können somit als Symptom politischer Verdrossenheit gegenüber der etablierten Politik und den damit verbundenen konventionellen Partizipationsformen interpretiert werden.

Jenseits dieser grundsätzlichen Debatte zeichnet der aktuelle Forschungsstand ein differenziertes Bild der politischen Aktivität junger Menschen. In der aktuellen Shell-Jugendstudie 2019 geben 36% der befragten 12- bis 25-Jährigen an, sich oft für soziale oder politische Ziele einzusetzen. Dieser Wert schwankt über die letzten fünf Shell-Jugendstudien zwischen 2002 und 2019 hinweg zwischen 33% und 40%, d. h. hier ist kein grundsätzlicher Rückgang zu erkennen. Jedoch erkennen die Autoren einen leichten Anstieg bei der Gruppe derer, die sich nie für soziale und politische Ziele einsetzen: Im Jahr 2019 bejahen dies 31% der Jugendlichen, an den vier Messzeitpunkten davor (seit 2002) liegt der Anteil hier jeweils zwischen 20% und 26% (Schneekloth & Albert, 2019, S. 97-98). Bei den Bundestagswahlen weisen die unter 30-Jährigen zwar traditionell und auch aktuell eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf, bei

der vergangenen Bundestagswahl im Jahr 2021 zeigt sich jedoch für die Gruppe der 21- bis 29-Jährigen eine auffällige Zunahme, die womöglich eine Kehrtwende bei der bisher abnehmenden Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe darstellt (Der Bundeswahlleiter, 2022, S. 3). Auch bei über das Wählen hinausgehenden Beteiligungsformaten bestätigt sich, dass junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren bei der Wahrnehmung dieser Formate zum Teil unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegen, und zwar beim Warenboykott und bei den stark institutionalisierten und offiziellen Wegen der Einflussnahme (Politiker:innen kontaktieren, Mitarbeit in Partei), es zeigt sich allerdings auch, dass diese Altersgruppe auf sehr spezifische Formen des politischen Meinungsausdrucks zurückgreift, wie die Teilnahme an einer Demonstration und das Tragen eines politischen Abzeichens, die bei der älteren Bevölkerung deutlich weniger verbreitet sind (Schnaudt, Weinhardt & Liebig, 2017, S. 193-194). Zudem beteiligen sich Jugendliche und junge Erwachsene signifikant häufiger an Debatten im Internet (Gille, Rijke, Décieux et al., 2016, S. 184). Gerade in sozialen Netzwerken hat die politische Beteiligung dabei einen eher symbolisch-demonstrativen und expressiven Charakter (Kersting, 2016, S. 259). Die Untersuchung politischer Partizipation mit Längsschnittdaten verweist darauf, dass das Ausmaß sowie die Art der politischen Beteiligung eher einem Alters- als einem Generationenkonflikt unterliegen. So deuten auf ALLBUS-Daten basierende Analysen darauf hin, dass unkonventionelle Beteiligungsformen über die Generationen hinweg im jüngeren Lebensalter häufiger ausgeübt werden (Hadjar & Becker, 2007) und auch die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung junger Erwachsener ist ein Muster, dass sich seit Beginn der Wahlstatistik stabil zeigt (Der Bundeswahlleiter, 2022, S. 3).

### 3 Individuelle Einflussfaktoren der politischen Partizipation

Der vorliegende Beitrag untersucht den Einfluss des politischen Interesses sowie einer antidemokratisch-autoritären Einstellung auf die politische Partizipation. Die Vermutung dieser Einflüsse lässt sich mithilfe des *Civic Voluntarism Model* (Verba, Schlozman & Brady, 1995) plausibilisieren, das als Standardmodell der Erklärung politischer Partizipation auf Individualebene gelten kann. Das folgende Unterkapitel beschreibt das Modell daher in seinen Grundzügen. Im Anschluss daran wird vertiefend argumentiert, wie sich die Einflüsse politischen Interesses und einer antidemokratisch-autoritären Einstellung in das Grundmodell integrieren lassen.

#### 3.1 Das Civic Voluntarism Model

Mit dem *Civic Voluntarism Model* (CVM) adressieren Verba, Schlozman & Brady (1995) die Frage, unter welchen Umständen Menschen *nicht* politisch aktiv werden. Die Kurzformel, die dem CVM zugrunde liegt, lautet: „because they can't; because they don't want to; or because nobody asked“ (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 269). Das CVM benennt damit drei Komponenten, die für die Erklärung politischer Partizipation von hoher Relevanz sind: Ressourcen (*resources*), Motivation (*political engagement*) und Netzwerkeinbindungen (*recruitment networks*) (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 269). Unter diese Komponenten lassen sich jeweils eine Reihe individueller Faktoren bündeln, welche die Partizipationswahrscheinlichkeit beeinflussen. Faktoren der Makroebene sind in der Modellierung nicht enthalten.

Das CVM ist eine Weiterentwicklung des sozioökonomischen Standardmodells (SES-Modell), das im Grundsatz davon ausgeht, dass politische Aktivität mit dem sozioökonomischen Status steigt (Verba & Nie, 1972). Verba, Schlozman & Brady (1995,

S. 19) betonen zwar noch immer die hohe Prognosekraft der aus dem SES-Modell abgeleiteten Faktoren (Einkommen, Bildungsniveau und beruflicher Status), halten deren Wirkung jedoch für nicht ausreichend interpretiert. Indem das CVM expliziert, welche Mechanismen den Einfluss des sozioökonomischen Status vermitteln, stellt es den Autoren zufolge eine theoretische Ausformulierung sowie Erweiterung des SES-Modells dar.

Zu den Ressourcen zählen Verba, Schlozman und Brady (1995) Zeit, ökonomische Ressourcen und *Civic Skills*. Insbesondere für die Partizipation an institutionalisierten und regelmäßigen politischen Aktivitäten ist Zeit eine wichtige Voraussetzung. Ökonomische Ressourcen ermöglichen die direkte Unterstützung von politischen Parteien, Kandidat:innen oder Kampagnen, dies spielt aber für die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland vermutlich eine eher untergeordnete Rolle. Unter *Civic Skills* werden verschiedene Fähigkeiten und Kompetenzen vor allem in den Bereichen Organisation und Kommunikation gefasst, die für politische Partizipation notwendig sind. Offensichtlich ist auch hier, dass diese Fähigkeiten umso relevanter sind, je stärker die Partizipationsformen in organisierte Zusammenhänge wie beispielsweise Bürgerinitiativen eingebettet sind. Im Unterschied zu Zeit und Geld können sich *Civic Skills* durch die politische Partizipation auch erhöhen. Mit Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland wird daher erwartet, dass weniger materielle, sondern vor allem immaterielle, kompetenzbasierte Ressourcen die politische Partizipation erhöhen.

Zur motivationalen Voraussetzung politischer Partizipation zählen eine Reihe psychologischer Dispositionen, die als „internal stimuli to political activity“ (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 343) fungieren. Grundsätzlich geht es also einerseits um eine emotionale und kognitive Involvierung in politische Themen, andererseits aber auch um die Überzeugung, dass die eigene

Beteiligung einen Einfluss oder Wert hat. In der Regel werden in diesem Zusammenhang das politische Interesse, politische Informiertheit und das Empfinden einer politischen Selbstwirksamkeit angeführt (s. z. B. Barkan, 2004, S. 916; Borucki, Masch & Jakobs, 2021, S. 32; Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 345).

Als dritte Komponente für die Erklärung politischer Partizipation nennen Verba, Schlozman und Brady (1995, S. 272-273) die Rekrutierungsmöglichkeiten zur Beteiligung, die vor allem innerhalb von sozialen Netzwerken stattfinden. Zwar stellt eine Aufforderung zur Partizipation durch Freund:innen, Verwandte und Bekannte keine notwendige Bedingung dar, sie kann jedoch bei vorhandenen Ressourcen und vorhandener Motivation den entscheidenden Anstoß zur Beteiligung geben (Borucki, Masch & Jakobs, 2021, S. 32). Es ist folglich davon auszugehen, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland umso stärker politisch beteiligen, je mehr sie in soziale Netzwerke eingebunden sind.

Noch immer wird das CVM regelmäßig herangezogen, um Einflussfaktoren auf verschiedene Aspekte der politischen Partizipation zu prüfen. Teilweise werden die drei Faktorenbündel dabei je nach Analyseziel und Verfügbarkeit in den verwendeten Daten um weitere Einflussfaktoren erweitert. Zum einen weisen diese aktuelleren Studien aus dem europäischen Raum nicht darauf hin, dass den sozioökonomischen Merkmalen eine derart zentrale Bedeutung bei der Erklärung politischer Partizipation zukommt, wie sie von den Autoren des CVM betont wird (z. B. Borucki, Masch & Jakobs, 2021; Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017). Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt sich kein Einfluss des elterlichen Bildungsniveaus und des subjektiv eingeschätzten sozioökonomischen Status der Familie, wie eine Analyse auf Basis eines repräsentativen Sample 15- bis 29-Jähriger in Slovenien zeigt (Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017). Zwar finden auch Eckstein, Jugert, Noack et al. (2015) in einer verglei-

chenden Analyse von Einflussfaktoren auf die politische Partizipation migrantischer und nicht-migrantischer Jugendlicher in Belgien, Deutschland und der Türkei nur wenige Effekte des sozioökonomischen Status auf die politische Partizipation, das elterliche Bildungsniveau zeigt hier jedoch einen signifikant positiven Zusammenhang mit der politischen Partizipation nicht-migrantischer Jugendlicher in Deutschland. Deutlichere Hinweise lassen sich in den Analysen dafür finden, dass die Netzwerkeinbindung die politische Partizipation beeinflusst (Eckstein, Jugert, Noack et al., 2015; Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017). Mit Blick auf die Motivation zur politischen Partizipation verweisen die aktuellen Studien zum CVM auf die Bedeutsamkeit verschiedenster Einflussfaktoren wie der internen politischen Selbstwirksamkeit (Borucki, Masch & Jakobs, 2021; Eckstein, Jugert, Noack et al., 2015; Glavanovits, Gründl, Kritzinger et al., 2019), des politischen Interesses (Borucki, Masch & Jakobs, 2021; Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017), des Vertrauens in Parteien (Borucki, Masch & Jakobs, 2021) sowie prodemokratischer Orientierungen und postmaterialistischer Werte (Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017).

### **3.2 Die motivationale Wirkung politischen Interesses und einer antidemokratisch-autoritären Einstellung**

Das breite Spektrum an Variablen, das Verba, Schlozman & Brady (1995) mithilfe der drei Komponenten des CVM abgeleitet haben, ist, wie die Autoren selbst anmerken, nicht erschöpfend (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 273). Ziel dieses Beitrags ist es, die Motivation zur Beteiligung genauer zu betrachten und dabei zu prüfen, ob politisches Interesse und eine antidemokratisch-autoritäre Einstellung einen Einfluss darauf haben, ob sich Jugendliche und junge Erwachsene politisch beteiligen. Während das politische Interesse standardmäßig als zen-

trale intrinsische Motivationskomponente behandelt wird, stellt die Integration der antidemokratisch-autoritären Einstellung eine Erweiterung des Modells dar. Grundlegende Annahme ist hier, dass gerade auch die politische Partizipation, die ein Grundpfeiler von Demokratien ist, im Zusammenhang mit der Einstellung gegenüber der Demokratie als Staatsform steht und dass der Wunsch nach einem autoritären Staat auch mit einer passiven Haltung gegenüber dem politischen System einhergeht. Im Folgenden wird die vermutete Wirkung politischen Interesses und einer antidemokratisch-autoritären Einstellung detailliert beleuchtet.

Einer Definition von van Deth folgend wird politisches Interesse verstanden als „Grad der Aufmerksamkeit, den ein Individuum politischen Ereignissen zumisst“ (Van Deth, 2013, S. 273). Die klare analytische Abgrenzung von politischer Partizipation, also dem tatsächlichen politischen Handeln, die dieser Definition innewohnt, ist eine Voraussetzung für die Untersuchung des Einflusses politischen Interesses auf politische Partizipation (van Deth, 2013, S. 272-273). Zugleich ist das Interesse an Politik eine konnate Einstellungskomponente, das heißt, es ist handlungs- und verhaltensbezogen und kann den Anstoß zur politischen Partizipation geben (Hadjar & Becker, 2007, S. 416). Politisches Interesse wird als zentrale Voraussetzung für politische Partizipation betrachtet, weil es entscheidend dafür ist, ob politische Themen, Probleme und Prozesse überhaupt wahrgenommen und als bedeutsam erachtet werden (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 345). Das politische Interesse geht somit einerseits mit einem erhöhten Wissen über politische Inhalte, aber auch über verschiedene Partizipationsmöglichkeiten einher, andererseits sorgt es dafür, dass bestimmte politische Ergebnisse als erstrebenswert erachtet werden. Es gibt also auf vielfache Weise den Anstoß dafür, dass Menschen freiwillig Zeit, Geld oder Fähigkeiten – sprich ihre Ressourcen – investieren, um bestimmte politische Ziele zu erreichen.

Empirisch wurde der Zusammenhang von politischem Interesse und politischer Partizipation vielfach untersucht. Neben dem allgemeinen Befund, dass politisches Interesse einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation hat (Borucki, Masch & Jakobs, 2021; Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017; Verba, Schlozman & Brady, 1995), legen differenzierende Analysen nahe, dass sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Partizipationsformen Jugendlicher von deren politischem Interesse beeinflusst werden (Gille, Rijke, Décioux et al., 2016). Das politische Interesse erhöht überdies sowohl die politische *Offline*-Partizipation als auch die politische Beteiligung innerhalb sozialer Netzwerke im Internet (Kim & Khang, 2014). Dabei ist den Analysen von Blais und Labbé St-Vincent (2011) zufolge davon auszugehen, dass das politische Interesse den Einfluss von Persönlichkeitsmerkmalen<sup>1</sup> auf die politische Partizipation vermittelt. Auch Quintelier & Hooghe (2011) bestätigen, dass politisches Interesse die politische Partizipation Jugendlicher erhöht, allerdings zeichnet ihre auf Paneldaten basierende Untersuchung ein komplexeres Bild des Zusammenhangs als die bisher genannten Studien, da sie aufzeigt, dass politische Partizipation wiederum das politische Interesse verstärkt. Entsprechend dieser Forschungslage ist zu erwarten, dass politisches Interesse junger Menschen ihre politische Partizipation erhöht.

Während also davon auszugehen ist, dass politisches Interesse die Motivation zur politischen Partizipation erhöht, lässt sich für spezifische politische Einstellungen eher eine motivationsmindernde Wirkung erwarten. Argumentiert wird, dass insbesondere eine latent antidemokratisch-autoritäre Einstellung, also eine ablehnende Haltung gegenüber demokratischen Grundprinzipien zugunsten autoritärer Staatsformen, zu einem Rückzug statt zu aktiver politischer Beteiligung führt, vor allem dann, wenn sie mit der egozentrischen Illusion verknüpft ist, eine „starke Hand werde das eigene

1 Ein indirekter Einfluss auf die Wahlbeteiligung wird hier für die Merkmale Altruismus, Schüchternheit und Selbstwirksamkeit festgestellt.

Interesse befördern und dabei dann noch irgendwie den allgemeineren Zusammenhang bewahren“ (Bock & Reinhardt, 2002, S. 735). Zum einen dürfte eine fehlende oder geringe Identifikation mit demokratischen Normen und Werten generell mit einer geringeren Wahrnehmung oder Anerkennung auch der eigenen staatsbürgerlichen Pflichten einhergehen, zu denen insbesondere die politische Beteiligung zählt (Schöttle, 2019, S. 53). Eine negative Einstellung gegenüber der demokratischen Staatsform kann in diesem Sinne als fehlender moralischer Anreiz zur politischen Partizipation verstanden werden (Lüdemann, 2001, S. 44). Zum anderen ist – dem Autoritarismusverständnis von Detlef Oesterreich (1993, 2000) folgend – gerade für autoritäre Einstellungsmerkmale eine eher passive und auf Rückzug bedachte Orientierung gegenüber dem politischen System zu erwarten. Die autoritäre Persönlichkeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie in unsicheren Situationen mit einer „Flucht in die Sicherheit“ (Oesterreich, 1993, S. 28) reagiert, indem sie sich der Autorität einer schutzbietenden Instanz unterordnet. Als ursächlich für die Habitualisierung dieser autoritären Reaktion, die im Kindesalter noch ein angemessenes Verhalten darstellt, werden spezifische Erziehungsstile und Sozialisationsbedingungen erachtet, welche die Entwicklung eigener Bewältigungs- und Konfliktlösungsstrategien behindern (Oesterreich, 1993, 2000). Autoritäre Persönlichkeiten sind (in unterschiedlichem Maße) gekennzeichnet durch Starrheit und Rigidität des Sozialverhaltens und Denkens, Unselbstständigkeit, die Abwehr von Neuem und Fremdem sowie Feindseligkeit und identifizieren sich mit Macht und Stärke (Oesterreich, 2000, S. 83). Zum einen ist davon auszugehen, dass autoritäre Persönlichkeiten sich einen starken und ordnenden Staat wünschen und somit tendenziell zu antidemokratisch-autoritären Einstellungen neigen. Zum anderen lassen die beschriebenen Merkmale

erwarten, dass sie bei Unsicherheitsempfindungen und Überforderung eine passive und schutzsuchende Haltung einnehmen. Dies gilt gerade auch für den Bereich der politischen Partizipation, da politische Themen, Abläufe und Zusammenhänge voraussetzungsvoll und komplex sind. Autoritäre Persönlichkeiten dürften daher deutlich seltener eigenverantwortlich und aktiv versuchen, im Rahmen verschiedener Beteiligungsformen das politische System zu beeinflussen.

Auch wenn es bisher keine Forschung zum Einfluss einer antidemokratisch-autoritären Einstellung auf politische Partizipation gibt, zeigt sich aus der Befundlage, dass politische Einstellungen generell einen Einfluss auf das Ausmaß aktiver politischer Beteiligung haben können. So zeigen Blais und Labbé St-Vincent (2011), dass die Neigung, wählen zu gehen, höher ist, wenn Menschen wählen als bürgerliche Pflicht erachten, und Kirbiš, Flere, Friš et al. (2017) stellen einen Zusammenhang zwischen einer prodemokratischen Einstellung und protestorientierter politischer Partizipation fest. Angenommen wird also, dass eine antidemokratisch-autoritäre Einstellung mit einer geringeren politischen Beteiligung junger Menschen einhergeht.

## 4 Eigene Analysen

Der empirische Teil dieses Beitrags zielt auf die Prüfung möglicher Einflussfaktoren auf die politische Partizipation junger Menschen ab, die sich aus dem *Civic Voluntarism Model* ableiten lassen. Im Rahmen multivariater Analysen werden daher Zusammenhänge von Ressourcen-, Netzwerk- und Motivationsvariablen mit der unkonventionellen politischen Partizipation sowie der Wahlbeteiligung untersucht.

## 4.1 Stichprobe, Design und Durchführung

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird für die Analyse die repräsentative AID:A-2019-Stichprobe<sup>2</sup> des Deutschen Jugendinstituts e.V. herangezogen (Kuger, Prein, Linberg et al., 2020). Im Zeitraum von März bis November 2019 wurden hierbei in mehr als 6.100 Haushalten vor allem persönliche, computergestützte Interviews (CAPI) geführt. Zentrale Zielpersonen sind 0- bis 33-Jährige (Kuger & Walper, 2021, S. 7).<sup>3</sup> Neben Fragen zu den Lebenslagen und der Lebensführung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland werden in AID:A 2019 umfassend die Einstellungen, Meinungen und die Selbstpositionierung der Zielpersonen erhoben. Die Daten wurden als Scientific Use File im Dezember 2020 interessierten Wissenschaftler:innen zur Verfügung gestellt. Damit ist AID:A 2019 eine der wenigen Jugendstudien in Deutschland, die ihre Daten der Scientific Community zugänglich macht. Dies und die oben beschriebenen inhaltlichen Schwerpunkte machen AID:A 2019 zu einer geeigneten Quelle, um die hier untersuchten Fragen mit aktuellen Daten zu beantworten.

Die gewichteten<sup>4</sup> Verteilungen der relevanten Merkmale der verwendeten Stichprobe sind in Tabelle 1 zusammengetragen.

Die jungen Menschen in der vorliegenden Untersuchung ( $n = 4.648$ ) sind hiernach im Mittel 25 Jahre alt, 50,3% von ihnen sind männlichen Geschlechts, 79,1% wohnen in Westdeutschland und 66,6% haben keinen Migrationshintergrund (bei 14,7% ist mind. ein Elternteil im Ausland geboren, 18,7% der Jugendlichen sind selbst im Ausland geboren). Über die Hälfte der Jugendlichen (52,5%) hat das Abitur bzw. die Fachhoch-

schulreife oder strebt einen dieser beiden Bildungsabschlüsse an. Bei einer Auswahl von neun möglichen unkonventionellen Beteiligungsformen wählen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchschnittlich knapp zwei Partizipationsformen. Von der Subgruppe der Volljährigen in unserem Sample haben sich knapp 67% schon einmal an Wahlen beteiligt.

## 4.2 Messinstrumente

Die politische Partizipation junger Menschen wird in AID:A 2019 durch 11 Einzelitems mit der übergeordneten Frage „Was haben Sie in den letzten 12 Monaten gemacht, um in politischer Hinsicht Ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen bzw. Einfluss zu nehmen?“ erfasst. Die Antwortvorgaben umfassen verschiedene Offline- und Online-Beteiligungsformen. Zur unkonventionellen politischen Beteiligung sind die Antworten „Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen“, „Mitarbeit in einer Bürgerinitiative“, „Teilnahme an einer Demonstration“, „Beteiligung an einer Unterschriftensammlung“, „Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen“, „An einer Online-Protestaktion beteiligen“, „Sich im Internet aktiv an politischen Diskussionen beteiligen“, „Selbst eine Online-Petition starten“ sowie „Auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken die Meinung zu politischen Themen äußern“ zuzuordnen. Aus diesen neun Items wird ein Summenindex erstellt, der eine Ausprägung zwischen 0 (= keine der Beteiligungsformen in den letzten 12 Monaten wahrgenommen) und 9 (= alle abgefragten Formen der Partizipation wahrgenommen) annehmen kann.<sup>5</sup> Die Wahlbeteiligung (ab 18 Jahren) wird als

2 Für Details zur Stichprobenziehung, Befragungsverlauf und Repräsentativität siehe Kuger, Pötter und Quellenberg (2021).

3 Ab dem Alter von 9 Jahren können die Zielpersonen schon Teile des Zielpersonen-Fragebogens selbst beantworten, ab dem Alter von 12 wird der Zielpersonen-Fragebogen nur noch von den Jugendlichen ausgefüllt, den Erziehungsberechtigten wird nur noch der Eltern-Fragebogen vorgelegt. Ab dem Alter von 18 Jahren entfällt schließlich auch der Eltern-Fragebogen, sodass alle Daten der Zielpersonen nur noch von ihnen selbst kommen.

4 Die verwendete Gewichtsvariable setzt sich aus einem Designgewicht (durch das Erhebungsdesign sind in den ungewichteten Daten größere Haushalte leicht überrepräsentiert) und einem Ausfallgewicht (nach Einwohnerzahl, Geburtsjahr, Nationalität, Anzahl der Privathaushalte, Gebäudetyp) zusammen und wurde zusätzlich nach Bildung (Randanpassung an die Verteilung der höchsten Bildungsabschlüsse im Haushalt nach dem Mikrozensus 2018) kalibriert (Braun, Kuger, Pötter et al., 2021).

5 Gab es bei einem der neun Items fehlende Angaben (Item-Nonresponse), so erhielten diese Fälle auch beim Summenindex eine Missing-Codierung und gingen damit nicht in die Analyse ein.



Tabelle 1  
Deskriptive Statistik

	Min	Max	%	M	SD	n
<b>Kriterien</b>						
Unkonventionelle politische Partizipation	0	8		1.63	1.79	4622
Beteiligung an Wahlen (ab 18 Jahren)						4020
0 = nein			33.1			
1 = ja			66.9			
<b>Prädiktoren</b>						
Zustimmung zur ‚starken Hand‘	1	6		3.15	1.68	4519
Politisches Interesse	1	5		3.02	1.09	4643
(Angestrebter) Schulabschluss						4479
1 = ohne Abschluss/ Hauptschulabschluss (Ref.)			18.6			
2 = Realschulabschluss/ Mittlere Reife			28.9			
3 = (Fach-)Abitur/Fachhochschulreife			52.5			
Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts	0	18000		1788.98	1497.71	4311
ISEI der Eltern	11.74	88.96		50.92	20.63	4439
nicht-politische Vereinsaktivitäten	0	6		.62	.82	4639
Anzahl Freund:innen	0	50		4.94	4.05	4630
<b>Kontrollvariablen</b>						
Alter	16	33		25.11	4.99	4648
0 = 16-19 (Ref.)			17.8			
1 = 20-25			32.1			
2 = 26-33			50.1			
Geschlecht						4646
0 = männlich (Ref.)			50.3			
1 = weiblich			49.7			
Wohnregion						4648
0 = Westdeutschland (Ref.)			79.1			
1 = Ostdeutschland + Berlin			20.9			
Migrationshintergrund						4596
1 = kein Migrationshintergrund (Ref.)			66.6			
2 = mind. ein Elternteil im Ausland geboren			14.7			
3 = selbst im Ausland geboren			18.7			

Anmerkungen. Quelle: AID:A 2019, gewichtete Daten, eigene Berechnungen.

Dummy-Variable (1 = ja) kodiert, um den Einfluss der unabhängigen Variablen auf diese grundlegende Form der politischen Beteiligung zu prüfen.<sup>6</sup>

Die Prädiktoren entsprechen dem oben beschriebenen *Civic Voluntarism Model* und werden deshalb in drei Kategorien eingeteilt: Motivation, Netzwerke und Ressourcen. Das zentrale Augenmerk liegt hierbei bei den *motivationalen Faktoren*, für deren Erfassung das politische Interesse und die

Zustimmung zum Starke-Hand-Item herangezogen wird. Das politische Interesse wird mit der Frage „Wie stark interessiert Du Dich für Politik?“ erhoben, die Befragten können sich hier mithilfe einer 5-stufigen-Antwortskala (sehr stark/stark/mittel/wenig/überhaupt nicht) selbst verorten. Zur Messung einer antidemokratisch-autoritären Einstellung werden die Adressaten danach gefragt, inwiefern sie der Aussage „Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand

6 Die Beteiligungsform „In einer Partei aktiv mitarbeiten“, die ebenfalls erhoben wird und der konventionellen Partizipation zuzurechnen ist, wird nicht in die Analysen miteinbezogen, weil es hier insgesamt zu wenig bejahende Fälle gibt und sie nicht mit der Wahlbeteiligung auf einen Faktor lädt.

müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“ zustimmen. Die Formulierung dieses Items wirkt sozial erwünschtem Antwortverhalten entgegen und zielt darauf ab, „autoritäre Staatsvorstellungen“ (Bock & Reinhardt, 2002, S. 734) aufzudecken bzw. kann vorsichtig „in Richtung eines antidemokratischen Potenzials“ (Gille & Milbradt, 2021, S. 104) interpretiert werden. Für die Beantwortung wird hier eine 6-stufige-Antwortskala (1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 6 = „stimme überhaupt nicht zu“) vorgehalten. Beide Variablen werden für die Logik der Analyse umgepolt, d. h. hohe Ausprägungen stehen für ein starkes Interesse an Politik bzw. eine hohe Zustimmung zur ‚starken Hand‘.

Um die *Netzwerkeinbindungen* der jungen Menschen abzubilden, werden die nicht primär politisch ausgerichteten Vereinsaktivitäten in die Untersuchung aufgenommen. Die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen werden hierfür gefragt, ob sie in einem (1) Sportverein, (2) einer religiösen Gruppe, (3) einem Heimat-, Bürger- oder Schützenverein, (4) einem Gesangs- bzw. Musikverein oder Theatergruppe, (5) der Feuerwehr, dem THW, DLRG o.ä. sowie (6) einem anderen Verein oder Verband aktiv sind. Aus diesen sechs Angaben wird ein Summenindex gebildet. Zudem werden die Zielpersonen gefragt, wie viele gute Freund:innen sie haben. Diese Angabe geht als metrische Variable zur Anzahl der Freund:innen ebenfalls in die Analyse ein.

Unter *Ressourcen* verstehen Verba, Schlozman & Brady (1995, S. 288-291) Geld, Zeit und bürgerschaftliche Kompetenzen (*civic skills*). Zur Erfassung der Ressourcen wird der Schulabschluss bzw. der derzeit anvisierte Schulabschluss für jene jungen Menschen, die sich noch im Bildungssystem befinden, herangezogen. Für die Analyse wird eine dreistufige Variable gebildet: 1 = ohne Abschluss/Hauptschulabschluss, 2 = Realschulabschluss/Mittle-

re Reife sowie 3 = (Fach-)Abitur/FH-Reife. Außerdem ergänzt das Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen der Zielpersonen die Analyse bezogen auf Ressourcen. Zusätzlich wird der sozioökonomische Status der Eltern mithilfe des ISEIs in die Analyse integriert.<sup>7</sup> Das Haushaltseinkommen bildet die monetären Ressourcen des Haushalts ab, in denen die jungen Menschen leben. Die Ressourcenausstattung kann in der hier gewählten Personengruppe sehr divers sein, da zum Beispiel die Wohnsituation (lebt noch im Elternhaus vs. eigener Haushalt) sehr diverse Haushaltskonstellationen mit höchst unterschiedlichen Ressourcenquellen mit sich bringt. Der (angestrebte) Schulabschluss, zusammen mit dem elterlichen ISEI, gibt Aufschluss über Kompetenzen, die junge Menschen selbst erworben haben bzw. die in ihrer Herkunftsfamilie verfügbar sind, und die direkt oder indirekt für die politische Beteiligung relevant sind. Zum einen meint dies grundlegende Fähigkeiten wie kommunizieren, schreiben und sich in Organisationen zurechtfinden, darüber hinaus vermitteln Bildungsinstitutionen aber auch politikrelevantes Wissen und können Lernorte für zivilgesellschaftliche Verantwortung und politische Selbstwirksamkeit sein (Schlozman, Brady & Verba, 2018, S. 54).

Als weitere *Kontrollvariablen* wird das Alter (in Jahren: 0 = 16-19, 1 = 20-25, 2 = 26-33), das Geschlecht (dichotomisiert; 1 = weiblich), die regionale Herkunft (ebenfalls dichotomisiert auf 0 = Westdeutschland und 1 = Ostdeutschland inkl. Berlin) sowie der Migrationshintergrund (0 = kein Migrationshintergrund, 1 = mindestens ein Elternteil im Ausland geboren, 2 = selbst im Ausland geboren) in die Untersuchung aufgenommen.

<sup>7</sup> Der International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) nach Ganzeboom et al. (1992) ist eine hierarchisch strukturierte Skala zum sozio-ökonomischen Status, die auf Basis von Einkommen, Bildung und Beruf gebildet wird. Der hier eingesetzte ISEI der Eltern verwendet die Angabe des Elternteils, welches auf die Frage geantwortet hat und unter den beiden Nennungen, wenn zwei Angaben vorlagen, den höheren ISEI aufwies.

### 4.3 Datenanalyse

Da der oben beschriebene Summenindex der unkonventionellen politischen Partizipation metrisch skaliert ist, werden für die multivariate Analyse hier lineare Regressionen berechnet. Die Wahlbeteiligung ist binär codiert, sodass hier das logistische Regressionsverfahren zum Einsatz kommen kann. Der Modellaufbau ist jeweils schrittweise und orientiert sich an den Prädiktoren-bündeln des CVM: Das erste Modell enthält die motivationalen Faktoren, das zweite die Netzwerkvariablen, das dritte die Angaben zu den Ressourcen und das vierte ist das Gesamtmodell. Die Kontrollvariablen werden in allen Modellen mitgeführt. Zur empirischen Untersuchung der genannten Forschungsfragen liegen mit AID:A 2019 Angaben von 4.637 Befragten im Alter zwischen 16 und 33 Jahren vor, wobei sich in den multivariaten Analysen die Fallzahlen aufgrund fehlender Angaben in einzelnen Merkmalen

auf 3.866 Personen bei den Analysen zur unkonventionellen politischen Partizipation und auf 3.354 Personen bei der Regression der Wahlbeteiligung<sup>8</sup> verringern. In den dargestellten Regressionsmodellen werden jeweils die Effektschätzer (Regressionskoeffizienten) und die dazugehörigen Standardfehler angeführt und das Bestimmtheitsmaß  $R^2$  (bzw. das Pseudo- $R^2$  bei den logistischen Regressionen) zur Erfassung der Modellgüte ergänzt.

Alle hier vorgenommenen Analysen wurden mit Hilfe des Statistikprogramms STATA (Version 17) durchgeführt.

### 4.4 Ergebnisse

Für einen ersten bivariaten Einblick in die politische Partizipation junger Menschen stellt Abbildung 1 die Verbreitung der Beteiligungsformen, die in diesem Beitrag berücksichtigt werden, nach Alter dar. Bei den

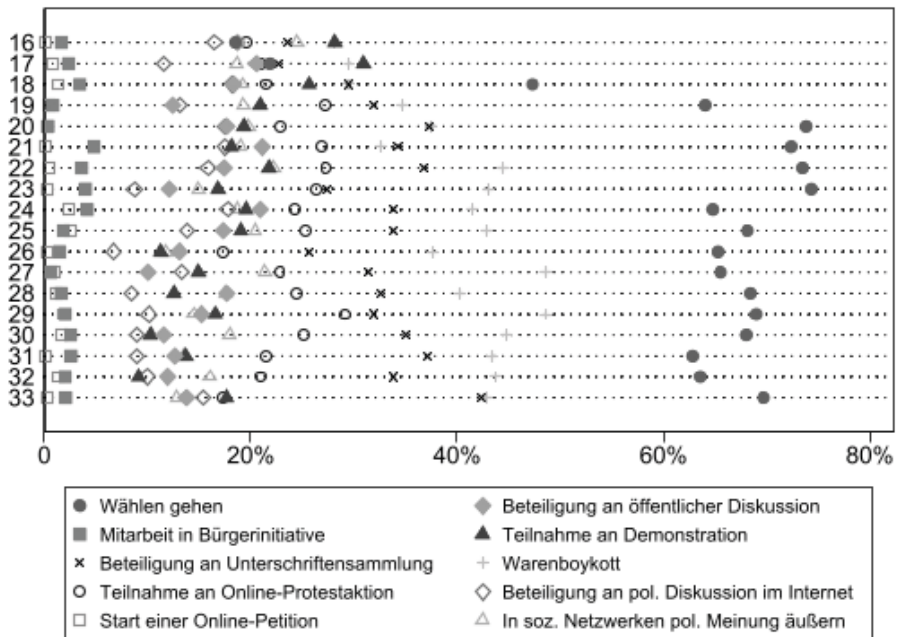


Abbildung 1

Verbreitung verschiedener Partizipationsformen nach Alter (AID:A 2019, gewichtete Daten, eigene Darstellung)

8 Bei der Wahlbeteiligung verringern sich auch deshalb die Fallzahlen, weil hier aus den oben beschriebenen Gründen nur Befragte ab 18 Jahren in die Analyse aufgenommen werden.

über 18-Jährigen ist Wählen gehen die mit Abstand verbreitetste Partizipationsform: In jeder Altersgruppe sind mindestens 60% in den vergangenen 12 Monaten mindestens einmal wählen gegangen. Bei den unter 18-Jährigen ist hingegen die Teilnahme an einer Demonstration die häufigste Form politischer Willensbekundung. Unter den unkonventionellen Beteiligungsformen sind der Warenboykott und die Teilnahme an Unterschriftensammlungen relativ verbreitet, wohingegen nur ein sehr geringer Anteil der Befragten sich durch die (zeitaufwendigere) Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder den Start einer eigenen Online-Petition politisch beteiligt hat.

Für einen vertieften Blick auf bivariate Zusammenhänge aller Variablen finden sich in Tabelle 4 im Online-Supplement die Zero-Order-Korrelationen der in der Analyse verwendeten Prädiktoren. Im Folgenden werden die Ergebnisse der beiden Regressionsmodellblöcke präsentiert.

#### *Unkonventionelle politische Partizipation*

Die Ergebnisse der multiplen linearen Regression sind in Tabelle 2 dargestellt. Betrachtet man zunächst nur die *motivationalen Faktoren*, ist festzuhalten, dass sowohl die Zustimmung zur ‚starken Hand‘ als auch das politische Interesse stark mit der politischen Beteiligung insofern korrelieren, als dass mit steigender Zustimmung zur ‚starken Hand‘ die Beteiligung signifikant abnimmt und mit steigendem politischem Interesse die Beteiligung signifikant zunimmt (vgl. Modell 1). Beide Effekte bleiben auch unter Hinzunahme der Netzwerkeinbindungen und der Ressourcenausstattung erhalten (vgl. Modell 4). Darüber hinaus erklärt Modell 1 allein 28% der Varianz der unkonventionellen politischen Partizipation. Im Vergleich dazu vermögen Modell 2 (Netzwerkeinbindungen, inkl. Kontrollvariablen) lediglich 3% und Modell 3 (Ressourcen, inkl. Kontrollvariablen) nur 12% der Varianz zu erklären. Modell 1 (28%) hat damit fast so eine hohe Erklärungskraft wie Modell 4 (30%), in dem alle Einfluss-

faktoren integriert sind. Insgesamt bietet das Gesamtmodell 4 eine äußerst zufriedenstellende Modellgüte für das Phänomen der unkonventionellen politischen Beteiligung.

Lohnenswert ist in Tabelle 2 auch der Blick auf die sozialen *Netzwerkeinbindungen* (in Form von nicht-politischen Vereinsaktivitäten und die Anzahl der Freund:innen). Zunächst lässt sich – bei Betrachtung der Netzwerkvariablen für sich – ein Effekt identifizieren, der jedoch durch die Hinzunahme der motivationalen und auf Ressourcen bezogenen Faktoren verschwindet. Weitere Modellrechnungen (hier nicht abgebildet) können zeigen, dass hierfür vor allem die motivationalen Faktoren verantwortlich sind.

Beim Blick auf die *Ressourcenvariablen* zeigt sich, dass vor allem das eigene Bildungsniveau sowie der sozioökonomische Status der Eltern mit der unkonventionellen politischen Partizipation insofern korrelieren, als dass sich mit steigendem (angestrebtem) Schulabschluss und steigender ISEI-Klassifizierung der Eltern auch die Wahrscheinlichkeit für Beteiligung bei den jungen Menschen erhöht. Dies ist sowohl im Modell 3, in dem nur die Ressourcenvariablen (unter Kontrolle von Alter, Geschlecht, Region und Migrationshintergrund) betrachtet werden, als auch im Gesamtmodell 4, wo alle theoretisch angenommenen Variablen integriert sind, ersichtlich, was – ähnlich den motivationalen Faktoren – die Stärke dieses Zusammenhangs untermauert. Auffallend ist der negative Zusammenhang von Haushaltseinkommen und unkonventioneller politischer Partizipation (in Modell 4 signifikant negativ). Zunächst scheint das Einkommen unter alleiniger Betrachtung keine Rolle zu spielen, erst unter Hinzunahme von motivationalen und Netzwerkfaktoren hängt das Einkommen signifikant mit der unkonventionellen politischen Partizipation zusammen (vgl. Modell 4). Auch hier haben weitere Analysen ergeben (nicht abgebildet), dass die motivationalen Faktoren die entscheidenden sind, insofern, dass nur unter Konstanthaltung der Motivation steigende Ein-

Tabelle 2

Lineare Regression der unkonventionellen politischen Partizipation

AV: Anzahl der unkonventionellen politischen Beteiligungen (0-8)	Modell 1 b (SE)	Modell 2 b (SE)	Modell 3 b (SE)	Modell 4 b (SE)
Zustimmung zur ‚starken Hand‘	-.18*** (.02)			-.14*** (.02)
Politisches Interesse	.79*** (.03)			.73*** (.04)
Vereinsaktivität (nicht-politisch)		.15** (.05)		.02 (.04)
Anzahl der Freunde		.04*** (.01)		.01 (.01)
(Angestrebter) Schulabschluss (Ref.: ohne Abschluss/Hauptschulabschluss)				
Realschulabschluss/Mittlere Reife			.23* (.11)	.03 (.10)
(Fach-)Abitur/FH-Reife			1.05*** (.11)	.40*** (.10)
Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts			-.00 (.00)	-.00** (.00)
ISEI der Eltern			.01*** (.00)	.01*** (.00)
Alter (Ref. 16-19)				
20-25	.04 (.09)	.22* (.11)	.11 (.10)	.01 (.09)
26-33	-.11 (.08)	.08 (.09)	.03 (.09)	-.10 (.08)
Geschlecht (Ref.: Männlich)				
Weiblich	.18** (.07)	-.01 (.08)	-.16* (.07)	.14* (.07)
Region (Ref.: West)				
Ost	.07 (.08)	.09 (.11)	.07 (.10)	.06 (.08)
Migrationshintergrund (Ref.: keiner)				
Mind. ein Elternteil im Ausland geboren	.19 (.11)	.15 (.13)	.26* (.13)	.26* (.10)
Selbst im Ausland geboren	-.30** (.11)	-.60*** (.12)	-.47*** (.13)	-.25* (.11)
Konstante	-.18 (.16)	1.40*** (.12)	.66*** (.15)	-.62** (.19)
N	3866	3866	3866	3866
R <sup>2</sup>	.28	.03	.12	.30

Anmerkungen. Quelle: AID:A 2019, gewichtete Daten, eigene Berechnungen. Unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler in Klammern; \* p<.05, \*\* p<.01, \*\*\* p<.001

kommen mit sinkender unkonventioneller politischer Partizipation zusammenhängen.

Bei der Betrachtung der *Kontrollvariablen* ist vor allem das Zusammenspiel von Geschlecht, Motivation und unkonventioneller

politischer Partizipation bemerkenswert. Bei gleicher Motivation sind Jugendliche und junge Menschen, die sich als weiblich beschreiben, politisch engagierter als männliche Jugendliche bzw. junge Erwachsene

(vgl. Modell 1 und Modell 4). In den Modellen 2 und 3, in denen die motivationalen Faktoren nicht geprüft werden, haben dann jedoch die weiblichen Jugendlichen und jungen Frauen geringere Partizipationswahrscheinlichkeiten als die männlichen. Unter Kontrolle von Motivation und Ressourcenausstattung verschwindet der schwache positive Zusammenhang von Alter und unkonventioneller politischer Partizipation.

### *Wahlbeteiligung*

Betrachtet man die Regressionsmodelle zur Beteiligung an Wahlen in Tabelle 3 fällt zunächst auf, dass sich hier – bezogen auf die Effektrichtungen und Signifikanzen – viele der beschriebenen Zusammenhänge aus den Analysen zur unkonventionellen politischen Partizipation bei jungen Menschen wiederfinden. Gerade die starke Rolle der *motivationalen Faktoren* ist auch bei Betrachtung der Wahlbeteiligung deutlich hervorzuheben: Mit steigender Zustimmung zur ‚starken Hand‘ sinkt die Wahlbeteiligung im signifikanten Maße. Und ebenso hochsignifikant korreliert das politische Interesse positiv mit der Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen. Betrachtet man nur diese beiden Faktoren (unter Kontrolle von Alter, Geschlecht, regionaler Herkunft und Migrationshintergrund) hat das Modell 5 bereits eine hohe Erklärungskraft ( $Pseudo-R^2 = 0.23$ ).

Mit Blick auf die *Netzwerkvariablen* fällt auf, dass, anders als bei der unkonventionellen politischen Partizipation, bei der Wahlbereitschaft die nicht-politischen Netzwerkeinbindungen auch im Gesamtmodell 8 weiter relevant bleiben. Mit steigender Vereinsaktivität – im Sinne der steigenden Anzahl der nicht-politischen Vereine (wie z. B. Sportvereine), in denen die jungen Menschen aktiv sind – steigt auch die Wahlbeteiligung, und zwar auch unter Kontrolle von der individuellen Motivation und Ressourcen.

Bezogen auf die *Ressourcenvariablen* korreliert vor allem der (angestrebte) Schulabschluss stark mit der Wahlentscheidung: Mit steigender Bildung erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass die jungen Menschen wählen gehen. Sowohl im Vergleich zwischen „ohne Abschluss/Hauptschulabschluss“ und „Realschulabschluss/Mittlere Reife“ als auch zwischen „ohne Abschluss/Hauptschulabschluss“ und „(Fach-)Abitur/FH-Reife“ gibt es einen hochsignifikanten Unterschied mit positiven Vorzeichen. Der Zusammenhang der elterlichen Ressourcenausstattung hat in den vorliegenden Modellrechnungen nur eine untergeordnete Bedeutung, der schwache Effekt verschwindet sogar in der Gesamtmodellrechnung (vgl. Modell 8). Auch das Haushaltseinkommen korreliert nicht mit der Wahlbeteiligung.

Bei der Auswertung der *Kontrollvariablen* zeigt sich Folgendes: Das Geschlecht und die regionale Herkunft korrelieren nicht mit der Wahlbeteiligung junger Menschen. Allerdings gehen junge Menschen, bei denen ein oder beide Elternteil(e) im Ausland geboren sind, deutlich seltener zur Wahl als jene ohne Migrationshintergrund. Noch viel deutlicher ist der Gap dann zwischen jungen Menschen ohne Migrationshintergrund und jenen, die selbst im Ausland geboren sind. Über alle vier Modelle bleiben diese negativen Zusammenhänge hochsignifikant. Auch zeigen die hier präsentierten Analysen einen Zusammenhang von Alter und Wahlbeteiligung, insofern, dass sowohl die Gruppe der 20- bis 25-Jährigen als auch die 26- bis 33-Jährigen sich signifikant häufiger an Wahlen beteiligen als die 18- bis 19-Jährigen<sup>9</sup>.

## 5 Diskussion

Die Analysen zeigen, dass motivationale Faktoren eine große Bedeutung für die politische Partizipation junger Menschen

<sup>9</sup> Dieser Zusammenhang könnte darin begründet sein, dass gerade die jüngste Altersgruppe möglicherweise noch keine Gelegenheit zum Wählen hatte. Um dies zu prüfen, wurden die Modelle zusätzlich nur mit den jungen Menschen ab 22 Jahren erneut berechnet (nicht dargestellt), weil bei ihnen die Möglichkeit zum Wählen gehen mindestens einmal gegeben sein musste. Die Effekte des Alters verschwinden in diesen zusätzlichen Analysen und stützen damit die Vermutung. Die weiteren Zusammenhänge sind mit den dargestellten Modellen vergleichbar.

Tabelle 3  
Logistische Regression der Wahlbeteiligung

AV: Sich an Wahlen beteiligen (1 = ja)	Modell 5 b (SE)	Modell 6 b (SE)	Modell 7 b (SE)	Modell 8 b (SE)
Zustimmung zur ‚starken Hand‘	-.18*** (.04)			-.09* (.04)
Politisches Interesse	.63*** (.07)			.49*** (.07)
Vereinsaktivität (nicht-politisch)		.42*** (.10)		.31** (.10)
Anzahl der Freunde		.06* (.02)		.02 (.02)
(Angestrebter) Schulabschluss (Ref.: ohne Abschluss/Hauptschulabschluss)				
Realschulabschluss/Mittlere Reife			.85*** (.18)	.77*** (.18)
(Fach-)Abitur/FH-Reife			1.61*** (.18)	1.21*** (.19)
Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts			.00 (.00)	.00 (.00)
ISEI der Eltern			.01* (.00)	.01 (.00)
Alter (Ref. 18-19)				
20-25	.82*** (.19)	.88*** (.18)	.82*** (.19)	.79*** (.20)
26-33	.60*** (.17)	.70*** (.16)	.68*** (.18)	.66*** (.19)
Geschlecht (Ref.: Männlich)				
Weiblich	.24 (.12)	.18 (.12)	-.07 (.12)	.18 (.13)
Region (Ref.: West)				
Ost	-.12 (.15)	-.00 (.15)	-.03 (.15)	-.05 (.15)
Migrationshintergrund (Ref.: keiner)				
Mind. ein Elternteil im Ausland geboren	-1.08*** (.18)	-.96*** (.17)	-.87*** (.17)	-.92*** (.18)
Selbst im Ausland geboren	-2.70*** (.18)	-2.58*** (.17)	-2.64*** (.19)	-2.59*** (.19)
Konstante	-.35 (.33)	.29 (.20)	-.66 (.27)	-1.79*** (.40)
N	3354	3354	3354	3354
Pseudo-R <sup>2</sup>	.24	.19	.24	.28

Anmerkungen. Quelle: AID:A 2019, gewichtete Daten, eigene Berechnungen. Unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler in Klammern; \* p<.05, \*\* p<.01, \*\*\* p<.001

haben. Zum einen deutet sich – dem Forschungsstand entsprechend – an, dass junge Menschen häufiger wählen gehen und versuchen, auf unkonventionelle Weise Einfluss zu üben, wenn sie sich stärker für

Politik interessieren. Zum anderen erweist sich eine latent antidemokratisch-autoritäre Einstellung, operationalisiert als Zustimmung zur ‚starken Hand‘, als partizipationshemmend. Die herausgehobene Bedeutung

der individuellen Motivation unter den drei Einflussdimensionen wird auch von der hohen Erklärungskraft der Modelle, die nur die Motivations- und Kontrollvariablen enthalten, unterstrichen. Diese sticht vor allem bei den Modellen zur unkonventionellen politischen Partizipation hervor, während die Wahlbeteiligung gleichermaßen gut von Ressourcen und Motivation erklärt wird. Dieser Befund steht im Einklang mit Kirbiš, Flere, Friš et al. (2017), deren Analysen auch auf die hohe Relevanz der intrinsischen Motivation bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinweisen. Gerade die Relevanz der antidemokratisch-autoritären Einstellung für die politische Beteiligung wurde bisher nicht erforscht und stellt somit eine Erweiterung des *Civic Voluntarism Model* dar.

Dem theoretischen Modell folgend, wurde in diesem Beitrag auch die Korrelation von Ressourcen und der Netzwerkeinbindung mit der politischen Partizipation mitberücksichtigt. Hier zeigen sich leichte Unterschiede zwischen Wahlbeteiligung und unkonventioneller politischer Partizipation. So ist die Einbindung in (nicht-politikbezogene) Netzwerke nur für die Wahlbeteiligung von Relevanz. Entsprechend weist das Netzwerkmodell bei der unkonventionellen politischen Partizipation auch nur eine sehr geringe Erklärungskraft auf. Da Wählgehen in der Gesamtgesellschaft prävalenter und vor allem in akuten Wahlperioden auch (überregional) präsenter ist, spricht viel dafür, dass dies auch in explizit nicht politisch motivierten Zusammenhängen und Gruppen zum Thema wird („somebody asked“), während spezifischere politische Partizipationsformen nicht thematisiert werden. Dieses Ergebnis steht nicht im Einklang mit einer früheren Untersuchung, die darauf hindeutet, dass die Teilnahme an einer Jugendorganisation für die unkonventionelle politische Partizipation bedeutungsvoll ist (Eckstein, Jugert, Noack et al., 2015). Möglicherweise liegt dies daran, dass mit Jugendorganisationen auch politische Gruppen erfasst wurden, während in unserer Unter-

suchung nur explizit nicht-politische Organisationen in den Indikator aufgenommen wurden. Die Anzahl der Freunde korreliert in den Gesamtmodellen weder signifikant mit der unkonventionellen politischen Partizipation noch mit der Wahlbeteiligung.

Der Schulabschluss stellt für beide Partizipationsarten die wichtigste Ressource dar, für die unkonventionelle Partizipation ist zusätzlich der sozioökonomische Status der Eltern von Bedeutung. Ressourcen haben insbesondere für die Wahlbeteiligung eine hohe Erklärungskraft. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu Befunden von Kirbiš, Flere, Friš et al. (2017), die weder für konventionelle noch für protestorientierte politische Partizipation einen Effekt des sozioökonomischen Status der Familie feststellen, was die Autor\*innen allerdings auf die egalitäre Gesellschaft in Slowenien zurückführen. Eckstein, Jugert, Noack et al. (2015) finden hingegen ebenfalls Hinweise auf die Bedeutung sozioökonomischer Merkmale (elterliche Bildung) für die politische Partizipation (nicht-migrantischer) Jugendlicher in Deutschland. Unter den Kontrollvariablen zeigt der Migrationshintergrund einen robusten und deutlichen Zusammenhang sowohl mit der unkonventionellen politischen Partizipation als auch mit der Wahlbeteiligung. Dabei zeigen sich die deutlichsten Unterschiede zwischen den Befragten der ersten Zuwanderungsgeneration und denjenigen ohne Migrationshintergrund, was sich mit den Befunden einer früheren Studie deckt (Müsig, 2020). Während Befragte der zweiten Generation in etwas geringerem Ausmaß, aber signifikant seltener wählen gehen, zeigt sich unter Kontrolle der Ressourcen eine signifikant höhere unkonventionelle politische Partizipation, was bedeutet, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund, die selbst in Deutschland geboren sind, bei gleichem sozioökonomischem Status stärker unkonventionell partizipieren. Bei den jungen Menschen, die selbst im Ausland geboren sind, bleibt der negative Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und



politischer Beteiligung in allen geschätzten Modellen hochsignifikant negativ. Zumindest bezogen auf die Wahlbeteiligung können unsere Analysen dabei nicht ausschließen, dass auch staatsbürgerrechtliche Restriktionen einen Einfluss auf diese Effekte haben könnten. Zukünftige Untersuchungen müssten hier vertiefte Analysen unter Einbezug der Staatsangehörigkeit vornehmen.

Mit Blick auf die beteiligungsbezogenen Möglichkeitsräume junger Menschen (z. B. in der Klimabewegung, im Internet oder bei den Jugendorganisationen der Parteien) kann also insgesamt festgehalten werden, dass das individuelle politische Interesse und die Vorstellungen über die Rolle von Staat und Bürger:innen bei politischen Entscheidungsprozessen entscheidend sind: Erst wenn junge Menschen sich für ein politisch relevantes Thema interessieren und es als ihre Aufgabe begreifen, dies mitzugestalten, werden sie auch selbst aktiv.

Der Befund, dass autoritäre Einstellungen mit einer geringeren politischen Partizipation verbunden sind, mag auf den ersten Blick verwundern, da gerade auch rechtsextreme Weltbilder autoritäre Staatsvorstellungen beinhalten (s. z. B. Decker, Kiess, Schuler et al., 2020). Allerdings zielt weder der Wortlaut des verwendeten Items noch die Stichprobenziehung der AID:A-Studie auf die Erfassung rechtsextremer Einstellungen; vielmehr geht es um die Habitualisierung der autoritären Reaktion nach Oesterreich (1993, 2000), die vermutlich nur in Einzelfällen, die in den Analysen nicht ins Gewicht fallen, mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild verbunden ist.

Abschließend wird eine zentrale Limitation der vorliegenden Befunde präsentiert, welche zugleich auf weiteren Forschungsbedarf verweist: Im Rahmen des *Civic Voluntarism Model* wird ein kausaler Effekt der Motivation sowie der Ressourcen und Netzwerkeinbindungen auf die politische Partizipation behauptet. Anhand der vorliegenden, auf Querschnittdaten basierenden Analysen kann allerdings nur eine Korrelation dieser

Prädiktoren mit der politischen Partizipation festgestellt werden. Für die Variablen zu den Ressourcen und der Einbindung in (unpolitische) Netzwerke kann einigermaßen plausibel angenommen werden, dass sie zeitlich schon vor der politischen Partizipation vorhanden waren und dass hinter der Korrelation tatsächlich ein kausaler Effekt steht. Schwieriger ist diese Annahme hinsichtlich politischer Orientierungen, also dem politischen Interesse und einer antidemokratisch-autoritären Einstellung. Nicht auszuschließen ist hier, dass die Partizipation wiederum die politischen Orientierungen beeinflusst (Quintelier & Hooghe, 2011) oder dass eine Konfundierung vorliegt, weil sowohl die Orientierungen als auch die Partizipation durch unbeobachtete familiäre Merkmale beeinflusst werden (Weinschenk, Dawes, Oskarsson et al., 2021).

Überdies fehlt in unserem Prädiktorbündel die Integration der politischen Selbstwirksamkeit, weil jene mit den AID:A 2019 Daten nicht erhoben wurde. Politische Selbstwirksamkeit wird im CVM als ein wesentlicher motivationaler Einflussfaktor auf politische Beteiligung angesehen (Schlozman, Brady & Verba, 2018, S. 59) und hat sich mehrfach empirisch bewährt (u. a. Caprara, Vecchione, Capanna et al., 2009; Moeller, Vreese, Esser et al., 2014). Zukünftige Analysen mit komplexeren Daten müssten zeigen, welche Rolle die politische Selbstwirksamkeit an dieser Stelle spielt.

Eine weitere Limitation der Studie besteht in der Nutzung eines einzelnen Items (Zustimmung zur ‚starken Hand‘) stellvertretend für eine antidemokratisch-autoritäre Einstellung. Eine Hinzunahme weiterer Items, z. B. bezogen auf populistische Positionen oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Dimensionen antidemokratischer Einstellungen (vgl. Hövermann, Kohlrausch & Voss, 2021; Zick & Küpper, 2021) oder bezogen auf konventionelle Anpassung und Machtorientierung als Dimensionen der autoritären Reaktion (vgl. Oesterreich, 1993) könnten den Indikator hier anreichern.

Trotz dieser Einschränkung können die

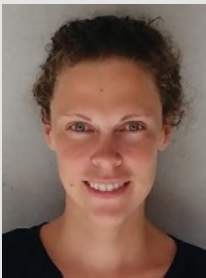
Befunde dieses Beitrags als Verweis darauf gelesen werden, dass gerade auch die Vorstellungen, die Jugendliche und junge Erwachsene von ihren eigenen staatsbürgerlichen Pflichten sowie der Rolle des Staates haben, eine große motivierende Bedeutung für ihre politische Aktivität und letztlich für die Legitimität des politischen Systems haben. In zukünftigen Analysen sollten daher bei der Prüfung des CVM im Rahmen der Operationalisierung der Motivation stärker auch diese Einstellungsdimensionen mit in den Blick genommen werden. In der vorliegenden Arbeit wurde dies mit Erkenntnisgewinn mit einer antidemokratisch-autoritären Einstellung begonnen, zukünftige Analysen könnten in diesem Sinne beispielsweise auch auf pro-demokratische oder post-materialistische Werte (vgl. auch Kirbiš, Flere, Friš et al., 2017) erweitert werden.

## 6 Literatur

- Abendschön, S. & Roßteutscher, S. (2016). Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit? In S. Roßteutscher, T. Faas & U. Rosar (Hrsg.), *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland* (Schriftenreihe des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), S. 67-91). Wiesbaden: Springer VS.
- Barkan, S. E. (2004). Explaining public support for the environmental movement. A civic voluntarism model. *Social Science Quarterly*, 85 (4), 913-937.
- Blais, A. & Labbé St-Vincent, S. (2011). Personality traits, political attitudes and the propensity to vote. *European Journal of Political Research*, 50 (3), 395-417.
- Bock, K. & Reinhardt, S. (2002). Jugend und Politik. In H.-H. Krüger & C. Grunert (Hrsg.), *Handbuch Kindheits- und Jugendforschung* (S. 719-742). Opladen: Leske + Budrich.
- Borucki, I., Masch, L. & Jakobs, S. (2021). Grundsätzlich bereit, aber doch nicht dabei – Eine Analyse der Mitarbeitsbereitschaft in Parteien anhand des Civic Voluntarism Models. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (1), 25-56.
- Braun, D., Kuger, S., Pötter, U., Prein, G. & Quellenberg, H. (2021). *AID:A 2019 Technischer Bericht*. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Caprara, G. V., Vecchione, M., Capanna, C. & Mebane, M. (2009). Perceived political self-efficacy: Theory, assessment, and applications. *European Journal of Social Psychology*, 39 (6), 1002-1020.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (S. 27-87). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Der Bundeswahlleiter. (2022). *Kurzbericht über die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2021*. Wiesbaden. Verfügbar unter [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/610da2d6-54e8-429b-9d9c-83c41aeb42d/btw21\\_rws\\_kurzbericht.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/610da2d6-54e8-429b-9d9c-83c41aeb42d/btw21_rws_kurzbericht.pdf)
- Eckstein, K., Jugert, P., Noack, P., Born, M. & Sener, T. (2015). Comparing correlates of civic engagement between immigrant and majority youth in Belgium, Germany, and Turkey. *Research in Human Development*, 12 (1-2), 44-62.
- Ganzeboom, H. B., Graaf, P. M. de & Treiman, D. J. (1992). A standard international socio-economic index of occupational status. *Social Science Research*, 21 (1), 1-56.
- Gille, M. & Milbradt, B. (2021). Autoritäre Orientierungen und konventionalistische Haltungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In S. Kuger, S. Walper & T. Rauchenbach (Hrsg.), *Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien* (S. 100-107). Bielefeld: wbv Media.
- Gille, M., Rijke, J. de, Décieux, J. P. & Willems, H. (2016). Politische Orientierungen und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa. In A. Gürlevik, K. Hurrelmann & C. Palentien (Hrsg.), *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen* (S. 163-193). Wiesbaden: Springer VS.
- Glavanovits, J., Gründl, J., Kritzing, S. & Oberluggauer, P. (2019). Politische Partizipation. In J. Bacher, A. Grausgruber, M. Haller, F. Höllinger, D. Prandner & R. Verwiebe (Hrsg.), *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986-2016* (S. 439-456). Wiesbaden: Springer VS.

- Hadjar, A. & Becker, R. (2007). Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59 (3), 410-439.
- Hövermann, A., Kohlrausch, B. & Voss, D. (2021). *Antidemokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel* (Hans-Böckler-Stiftung, Hrsg.) (Forschungsförderung Policy Brief Nr. 7). Düsseldorf.
- Kersting, N. (2016). Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung? In J. Tremmel & M. Rutsche (Hrsg.), *Politische Beteiligung junger Menschen* (S. 251-270). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kim, Y. & Khang, H. (2014). Revisiting civic voluntarism predictors of college students' political participation in the context of social media. *Computers in Human Behavior*, 2014 (36), 114-121.
- Kirbiš, A., Flere, S., Friš, D., Krajnc, M. T. & Cupar, T. (2017). Predictors of conventional, protest, and civic participation among Slovenian youth: A test of the civic voluntarism model. *International Journal of Sociology*, 47 (3), 182-207.
- Kuger, S., Pötter, U. & Quellenberg, H. (2021). Die AID:A 2019-Befragung: Vom Design zu den Daten. In S. Kuger, S. Walper & T. Rauchenbach (Hrsg.), *Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien* (S. 135-138). Bielefeld: wbv Media.
- Kuger, S., Prein, G., Linberg, A., Hoffmann-Recksiedler, C., Herz, A., Gille, M., Berngruber, A., Bernhardt, J. et al. (2020). *Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2019 (AID:A 2019)*.
- Kuger, S. & Walper, S. (2021). AID:A - der integrierte Survey des Deutschen Jugendinstituts. In S. Kuger, S. Walper & T. Rauchenbach (Hrsg.), *Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien* (S. 7-13). Bielefeld: wbv Media.
- Lüdemann, C. (2001). Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998. In A. Koch, M. Wasmer & P. Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 43-71). Opladen: Leske + Budrich.
- Moeller, J., Vreese, C. de, Esser, F. & Kunz, R. (2014). Pathway to political participation: The influence of online and offline News Media on internal efficacy and turnout of first-time voters. *American Behavioral Scientist*, 58 (5), 689-700.
- Müssig, S. (2020). *Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Oesterreich, D. (1993). *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen - eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*. Weinheim: Juventa.
- Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69-90). Opladen: Leske + Budrich.
- Quintelier, E. & Hooghe, M. (2011). Political attitudes and political participation: A panel study on socialization and self-selection effects among late adolescents. *International Political Science Review*, 33 (1), 63-81.
- Rippl, S. (2015). Politische Sozialisation. In K. Hurrelmann, U. Bauer, M. Grundmann & S. Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung* (S. 733-752). Weinheim: Beltz.
- Schlozman, K. L., Brady, H. E. & Verba, S. (2018). *Unequal and unrepresented: Political inequality and the people's voice in the new gilded age*. Princeton: Princeton University Press.
- Schnaudt, C., Weinhardt, M. & Liebig, S. (2017). Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland – weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 66 (2), 189-200.
- Schneekloth, U. & Albert, M. (2019). Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort* (S. 47-101). Weinheim: Beltz.
- Schöttle, S. (2019). *Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender-Fokus*. Wiesbaden: Springer VS.

- Van Deth, J. W. (2001). Soziale und politische Beteiligung. Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In A. Koch, M. Wasmer & P. Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 195-219). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmle (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (S. 141-161). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Van Deth, J. W. (2013). Politisches Interesse. In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (S. 271-296). Wiesbaden: Springer VS.
- Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America. Political democracy and social equality*. New York: Harper & Row.
- Verba, S., Schlozman, K. L. & Brady, H. E. (1995). *Voice and equality: Civic voluntarism in American politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Weinschenk, A. C., Dawes, C. T., Oskarsson, S., Klemmensen, R. & Norgaard, A. S. (2021). The relationship between political attitudes and political participation. Evidence from monozygotic twins in the United States, Sweden, Germany and Denmark. *Electoral Studies* (69), 1-7.
- Weiss, J. (2020). What is youth political participation? Literature review on youth political participation and political attitudes. *Frontiers in Political Science* (2), 1-13.
- Woyke, W. (2021). Politische Partizipation. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 749-754). Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, A. & Küpper, B. (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.



### **Pia Sauermann**

*Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“  
Franckeplatz 1, Haus 12/13  
06110 Halle (Saale)  
sauermann@dji.de*

*Pia Sauermann ist Soziologin und arbeitet seit 2020 als wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ des Deutschen Jugendinstituts (Außenstelle Halle). Derzeit ist sie im Projekt „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ beschäftigt. Sie hat von 2013 bis 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Nationalen Bildungspanel gearbeitet und 2022 ihre Promotion am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig im Bereich Bildungssoziologie abgeschlossen.*



### **Ina Weigelt**

*Ina Weigelt ist Soziologin und Kulturwissenschaftlerin und arbeitet seit 2017 am Deutschen Jugendinstitut (Außenstelle Halle). Seit 2020 forscht sie zur politischen Sozialisation an der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention ([www.dji.de/afs](http://www.dji.de/afs)). Zuvor war sie bei der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ tätig. Von 2013 bis 2016 forschte sie als Hans-Böckler-Stipendiatin am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig im Themenfeld Vermögensungleichheiten im Jugendalter.*